

2014-11-10

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 12.11.2013

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:30 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Griebsch, Hannelore

Seniorenbeauftragter

Scholz, Klaus

Verwaltung

Raschpichler, Gerd Dr.

Gernoth, Sylvia

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Sitzung wurde durch **Herrn Dreibrodt** eröffnet. Er stellte die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit durch sechs anwesende Stadträte fest.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Frau Paesold stellte stellvertretend für **Herrn Dr. Raschpichler** den Antrag, den Punkt 6.2. von der Tagesordnung zu nehmen. Zur Erklärung gab sie an, dass es zur Beschlussvorlage „Weiterführung der im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes

installierten Schulsozialarbeit“ noch weitere Abstimmungsbedarfe gebe. Aus diesem Grund konnte die Vorlage auch nicht fristgerecht zugestellt werden. Des Weiteren kündigte Sie die Behandlung der Beschlussvorlage für den ersten Ausschusstermin im Jahr 2014 an.

Herr Dreibrodt gab die Tagesordnung unter Beachtung der von **Frau Paesold** vorgeschlagenen Änderung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 6/0/0

3 Genehmigung der Niederschrift vom 17.09.2013

Zur Niederschrift vom 17.09.2013 gab es keine Änderungsvorschläge.

Herr Dreibrodt gab die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 3/0/3

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 17.09.2013 wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

5 Öffentliche Anfragen und Informationen

Ab Tagesordnungspunkt 5 nahmen sieben stimmberechtigte Stadträte an der Sitzung teil.

Frau Engelmann informierte über den aktuellen Sachstand bezüglich der Rampe am Dessauer Hauptbahnhof. Sie gab an, dass die Rampe nicht barrierefrei ist und sie deshalb schon mehrmals mit der Deutschen Bahn in Kontakt getreten sei. Die Deutsche Bahn würde am 13. November 2013 darüber entscheiden, ob die Rampe ausgebaut wird oder ein barrierefreier Seiteneingang geöffnet werden kann.

Bezugnehmend auf die Anfrage von **Herrn Puttkammer** in der letzten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales hinsichtlich der möglichen Veröffentlichungen des Gesundheitsamtes im Amtsblatt, informierte **Frau Paesold**, dass eine schriftliche Antwort seitens der Verwaltung erfolgt ist. Diese wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Des Weiteren informierte **Frau Paesold** über die aktuellen Antragszahlen zum Betreuungsgeld. Sie gab an, dass momentan fünf Anträge im Amt für Soziales und Integration eingereicht wurden. Es gebe zudem bereits einen Widerspruch. Ein zukünftiger Anstieg der Antragszahlen sei momentan nicht absehbar.

Weiterhin gab **Frau Paesold** an, dass die Regelbedarfsstufen zum 1. Januar 2014 fortgeschrieben werden. Da das Asylbewerberleistungsgesetz in der letzten Legislaturperiode nicht neu verabschiedet wurde, gilt weiterhin das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. Damit gelten auch für Asylbewerber die Regelbedarfsstufen. Eine Übersicht über die einzelnen Regelbedarfsstufen wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Frau Paesold informierte des Weiteren über die Einführung eines neuen Anwenderprogrammes in den Bereichen Grundsicherung, Hilfe zum Lebensunterhalt und Asylbewerberleistungsgesetz. Die daraus resultierenden Einschränkungen können allerdings von anderen Bereichen des Amtes abgedeckt werden.

Frau Andrich erfragte, wie viele Personen aus dem Rechtskreis des Asylbewerberleistungsgesetzes jetzt Anspruch auf Leistungen nach SGB II haben. **Frau Paesold** gab an, dass sie darüber keine Auskunft geben kann, die Zahl werde sie aber nachreichen.

Frau Andrich erkundigte sich des Weiteren über den Sachstand bezüglich der Einladung der großen Wohnungsgesellschaften zu einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit und Soziales. **Frau Paesold** gab an, dass es bereits Kontakt gab. Aufgrund der erst kürzlich bekanntgegebenen Sitzungstermine für das Jahr 2014 kann eine Einladung mit einem genauen Terminvorschlag allerdings erst jetzt erfolgen.

Weiterhin fragte **Frau Andrich**, ob es bereits Informationen gebe, ob der Heizkostenzuschuss im Rechtskreis SGB II wieder gezahlt werde. Im Rahmen der aktuellen Koalitionsverhandlungen sei dies für den Rechtskreis SGB XII bereits angedacht. **Herr Krause**, Geschäftsführer des Jobcenters Dessau, gab hierzu an, dass es noch keine näheren Informationen dazu gebe und man die Regierungsbildung abwarten müsse. **Frau Paesold** erklärte hierzu, dass eine Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses im Rahmen des Wohngeldgesetzes angedacht ist. Diese Einführung könnte einen Zuwachs an Leistungsberechtigten sowie einen Wechsel von Leistungsempfängern innerhalb Leistungssysteme zur Folge haben. Die weiteren Entwicklungen seien allerdings aufgrund der momentanen Regierungsbildung abzuwarten.

Frau Heinrich, Geschäftsführerin des Diakonischen Werks im Kirchenkreis Dessau e.V., informierte, dass es am 30. September 2013 im Diakonie-Kurzzeitpflegeheim eine unangekündigte MDK-Prüfung gegeben habe. Diese wurde mit der Note 1,1

abgeschlossen. Die Gästezufriedenheit liege bei 1,0. Sie gab des Weiteren an, dass die momentane Auslastung der Kurzzeitpflege rückläufig sei. Im September lag die Auslastung bei 75 %, im Oktober nur noch bei 70 %. Grund hierfür sei, dass Patienten nach einem Krankenhausaufenthalt sofort in Pflegeheime gebracht werden, da diese nicht ausgelastet seien.

6 Beschluss- und Informationsvorlagen

6.1 Pflegestrukturplanung für die Stadt Dessau-Roßlau "Leben mit Pflege" Vorlage: BV/330/2013/V-50

Frau Paesold führte anhand ein PowerPoint Präsentation in die Thematik ein. Die Präsentation gliederte sich in folgende Punkte:

1. Anlass und Hintergrund der Planung
2. Methodik und Erstellung der Planung
3. Aufbau des Planwerkes
4. Inhalt der Planung
5. Daten und Prognosen
6. Pflegestruktur
7. Wohnen und Pflege
8. Entwicklungsstrategien

Auszüge der Präsentation werden dem Protokoll als Anlage angehängt.

Herr Puttkammer merkte an, dass es sich bei der Pflegestrukturplanung um eine Strategie handele aus der entsprechende Maßnahmen entwickelt werden können. Des Weiteren gab er an, dass es ein Problem sei, dass die Pflege in der Stadt Dessau-Roßlau einen ökonomischen Aspekt hat und die einzelnen Einrichtungen in Konkurrenz stehen. Bezüglich der thematisierten Angehörigenpflege erklärte er, dass die professionelle Hilfe bei erhöhter Pflegebedürftigkeit nicht durch Pflege von Angehörigen ersetzt werden kann. Zur Schaffung von pflegefreundlichen Sozialräumen merkte er an, dass die Durchführbarkeit dieses Punktes bei einer so großen räumlichen Struktur schwierig sei.

Frau Dammann merkte bezüglich der sachgerechten Anschlussversorgung nach einem Klinikaufenthalt an, dass es hier immer noch Probleme gebe, obwohl es laut Pflegestrukturplanung Handbücher zum Qualitätsmanagement gibt. Diese dokumentieren welche Anschlussbehandlung der Patient nach seiner Entlassung erhält. **Frau Paesold** erläuterte hierzu, dass mittlerweile jede Klinik ein Handbuch zum Überleitungsmanagement hat. Diese setzen aber nicht automatisch voraus, dass darin jede Einzelfallentscheidung dokumentiert wird. **Frau Salewski** gab zusätzlich an, dass hier mehr Netzwerkarbeit stattfinden muss. **Frau Dammann** bat des Weiteren um eine Erläuterung zu den niedrigschwelligen Angeboten. **Frau Paesold** erklärte, dass die professionelle Pflege weiterhin durch Fachkräfte erledigt werden müsse. Allerdings soll es neben dem Pflegedienst einen Besuchsdienst geben, der dem Pflegebedürftigen bei kleineren Wegen hilft und sich mit ihm beschäftigt. Dies soll der drohenden Vereinsamung entgegenwirken. Das betrifft allerdings nicht nur Pflegebedürftige sondern auch andere ältere Menschen. Weiterhin erfragte **Frau Dammann** die Möglichkeiten zur Schaffung von regelmäßigen Pflegepausen für pflegende Angehörige. **Frau Paesold** verwies hier auf die bereits vorgestellte Kurzzeitpflege des Diakonischen Werks im Kirchenkreis Dessau e.V.. Die Pflegekassen zahlen hierfür bei bis zu 28 Tagen 1550,00 EUR. Diese Kostenübernahme kann von jedem pflegenden Angehörigen in Anspruch genommen werden. **Frau Heinrich** erklärte zusätzlich, dass gerade bei kleineren Einrichtungen diese Kostenübernahme für eine Pflege von 28 Tagen nicht ausreichen würde, allerdings hat man die Möglichkeit nach der Kurzzeitpflege die Verhinderungspflege zu beanspruchen. Das bedeutet, dass man einen zu pflegenden Angehörigen insgesamt 56 Tage in einer Kurzzeitpflegeeinrichtung unterbringen kann. Zur weiteren Entlastung von pflegenden Angehörigen nannte **Frau Paesold** noch die ehrenamtlichen Seniorenbegleiter. **Frau Heinrich** gab als weiteres Beispiel die über die Sozialstationen des Diakonischen Werks angebotenen Besuchsdienste, welche von Bürgerarbeitern wahrgenommen werden.

Bezugnehmend auf die Aussage von Herrn Puttkammer bezüglich des bestehenden ökonomischen Aspektes bei der Pflege, merkte **Frau Andrich** an, dass dieses Problem nicht beseitigt werden kann. Darum sei wichtig, dass man in der Pflegestrukturplanung die Pflegenoten der ambulanten Pflegedienste und stationären Pflegeeinrichtungen nachlesen kann. Zusätzlich erklärte sie, dass weiterhin Probleme bei der Vernetzung der Partner bestehen. Als Beispiel nannte sie die nicht ausreichende Verkehrsanbindung für gehbehinderte Personen die von Dessau zu ihrer Sozialeinrichtung in Roßlau fahren wollen. Hinsichtlich der Schwierigkeiten bei der Beantragung von Pflegehilfsmitteln sprach sich **Frau Andrich** für eine Kommunalisierung der Sozialagentur aus. Bezogen auf die Schaffung von barrierefreien Wohnraum in der Stadt Dessau-Roßlau erklärte sie, dass die großen Wohnungsunternehmen weitere Strategien entwickeln müssen. Bezüglich der Kommunalisierung der Sozialagentur erklärte **Frau Paesold**, dass hier vor allem der finanzielle Aspekt eine wichtige Rolle spielt. Die momentanen Ausgaben der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege gehen nicht Zulasten des Haushaltes der Stadt Dessau-Roßlau. Sollte es zu einer Kommunalisierung kommen, wäre das eine enormer finanzieller Mehraufwand für die Kommunen. Bezüglich des Ausbaus von barrierefreien Wohnraum sprach sich **Frau Paesold** für eine Förderung durch den Bund oder das Land aus. Die Bezahlbarkeit dieser modernisierten Wohnungen sollte aber weiterhin gegeben sein. Sie erklärte weiterhin, dass das Amt für Soziales und Integration bemüht ist, eine Vereinfachung bei der Beantragung von Pflegehilfsmitteln zu erreichen und bereits in mehreren Ein-

zelfällen Erfolg hatte. **Frau Andrich** erklärte anschließend, dass bei einer Kommunalisierung dennoch die Kosten von Land und Bund getragen werden sollten.

Herr Busch fragte, welche Konsequenzen durch die vorgelegte Pflegestrukturplanung in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters gezogen wurden. Er sprach sich für die Einberufung eines Krisenstabs aus, um so das in der Planung vorhergesehene Szenario zu verhindern. Er betonte, dass in diesem Fall die Stadtverwaltung und der Stadtrat eine hohe Verantwortung tragen.

Bezüglich der Zahlen an altersgerechten Wohnungen erfragte **Herr Puttkammer**, ob es sich hierbei nur um Wohnungen großer Wohnungsunternehmen handele. **Frau Paesold** erklärte hierzu, dass bei der Erhebung der Zahlen private Vermieter nicht berücksichtigt wurden.

Mit Bezug auf die bedarfsgerechte Ausbildung des Pflegepersonals und der damit verbundenen Etablierung eines Arbeitskreises „Pflegepersonal“ erfragte **Frau Stöbe**, ob es eine generelle Zahl gebe, wie viele Fachkräfte für einen Pflegebedürftigen notwendig sind. **Frau Paesold** erklärte, dass es so eine Empfehlung nicht gibt. Sie fügte hinzu, dass es sich bei dem geplanten Arbeitskreis auch aus wirtschaftlicher Sicht um ein wichtiges Projekt handele.

Herr Dreibrodt gab die Beschlussvorlage anschließend zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 7/0/0

6.2 Weiterführung der im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes installierten Schulsozialarbeit Vorlage: BV/332/2013/V-51

Die Beschlussvorlage wurde von der Tagesordnung genommen.

7 Berichte/Vorstellung von Trägern

Es erfolgten keine Berichte oder Vorstellungen von Trägern.

10 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde um 18:30 Uhr von **Herrn Dreibrod**t geschlossen.

Dessau-Roßlau, 11.11.14

Hans-Peter Dreibrod

Vorsitzender Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Schriftführer